



AMBIVALENTE SICHT AUF DEN MENSCHEN

Kommunikationsgesellschaft aus evangelischer Perspektive

Der kanadische Philosoph und Literaturwissenschaftler Marshall McLuhan hat 1962 in seiner visionären Analyse zur Medienwirkung die Rede vom „globalen Dorf“ kreiert, das Ende der – wie er formulierte – „Gutenberg Galaxy“, der Kultur des Buchdrucks und der gedruckten Presse verkündet und das mediale Zusammenwachsen der Weltregionen mit quasi dörflichen Informationsstrukturen vorausgesehen. Seine Theorie von der „Selbsterweiterung des Menschen durch Medien“ waren unter dem Eindruck der Erfindung und Verbreitung von Massenmedien entstanden. Ihm ist zu verdanken, dass wir ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, dass hinter den medial vermittelten Informationen ganz unterschiedliche Technologien liegen, die unsere Art und Weise der Informationsvermittlung, -rezeption, ja der Welt-Wahrnehmung sehr unterschiedlich, grundlegend und nachhaltig prägen. „The medium is the message“, formulierte er.

Wir sind als User und als aktive Producer im Netz zurückgeworfen auf uns selbst. Wir müssen heute mit McLuhan fragen: Wie verändert diese Technologie unsere Wahrnehmung, wie wirkt sie zurück auf unser Selbst. Wir fragen mit dem Netzkritiker Nicolas Carr: Wer bin ich, wenn ich online bin? Wie verändert sich unser Denken, unsere Konzentrationsfähigkeit, unsere Fähigkeit, einen Gegenstand zu durchdringen? Wie verändert sich unser intrinsischer Wissenserwerb? Oder wir fragen mit Frank Schirrmacher, ob wir heute nicht viel über andere wissen, aber nichts über uns selbst. Verlieren wir in den Informationsfluten unser Selbst? Delegiert das westliche autonome Individuum Fähigkeiten und Wissen an die Autoritäten des Algo-

rithmus, also an programmierte Logiken der Netztechnik?

Verlieren wir unsere Kräfte als Regisseure und Dichter unseres eigenen Lebens? Werden wir zu fragilen Persönlichkeiten, die „verloren unter 100 Freunden“ depersonalisiert und ich-geschwächt, abhängig und überfordert an den unterschiedlichen blinkenden Geräten hängen, wie das die Technologie-Psychologin Sherry Turkle analysiert?

Oder – wie die neueste radikale Netzkritik des aus dem früheren Ostblock stammenden Kulturkritikers Evgeny Morozow diagnostiziert – werden wir Opfer einer hermetischen perfektionistischen Ideologie, die uns die Rettung der Welt auf Knopfdruck verspricht? Die uns vorgaukelt, irgendwo in Silicon Valley habe man gottgleich alle wichtigen Fragen des Lebens gestellt und beantwortet? Sein gerade erschienenenes Buch heißt „Um alles zu retten, klicken Sie hier: der Aberwitz des tech-

nologischen Lösungsdogmas“. Dieser ideologieerfahrene Autor sieht uns im Griff einer Diktatur der Perfektion, die uns, diesen so herrlich unperfekten Geschöpfen, keinen Raum für Fantasie und schräge, originelle Einfälle lässt. Weil die weiter optimierten Programme nicht mehr nur Antworten geben, sondern weil unser Fragen programmiert wird?

Wer über die Netztechnologie kulturell, philosophisch, ja auch theologisch nachdenkt, landet beim Menschen und bei der Vision, die wir von ihm haben. Und um nichts Geringeres als das Bild vom Menschen als dem autonomen Regisseur seines Lebens geht es!

Wer also eine theologische Expertise bei der Frage nach Regeln fürs globale Dorf und dem Umgang mit der totalen Kommunikationsgesellschaft einholt, darf sich nicht wundern, wenn diese buchstäblich bei Adam und Eva anfängt. Wenn man sich auf die Ebenen des Diskurses nach Freiheit und Verantwortung, nach Rechten und Pflichten des Einzelnen in der Gemeinschaft begeben, landet man auch und gerade in Zeiten Milliarden vernetzter Computer bei der jüdisch-christlichen Welt-sicht auf den Menschen.

Aus dieser Perspektive wird der Mensch als ambivalentes Lebewesen angesehen. Gottes Ebenbild und Brudermörder in einem. Der Mensch ist nach jüdisch-christlicher Überzeugung im wahrsten Sinne des Wortes zu allem fähig – göttlich begabt und teuflisch zerstörerisch. Deshalb gehört es – und das ist nun ein religiöser Satz, der sich aus den Erfahrungswerten des Weltkulturerbes der heiligen Schriften des Judentums und Christentums speist – zu der wichtigsten kulturellen und religiösen Aufgabe der Menschen, sich selbst Grenzen zu setzen und gerade

IN DIESER AUSGABE:

Feindkonstruktion und Grenzziehung in der Netzwelt

Wie ist Solidarität im Nahost-Konflikt möglich?

damit den Raum für Freiheit zu eröffnen. Die Erkenntnis, dass erst Grenzen für dieses gottoffene und weltoffene Wesen (Wolfhard Pan-nenberg) einen Freiheitsraum für die Gemeinschaft eröffnen, hat sich in immer neuen Zeiten immer wieder bewahrheitet.

Ausgestattet ist der Mensch zudem mit einer – wie Peter Sloterdijk sagen würde – „Vertikalspannung“, die ihn immer wieder dazu lockt, den Himmel zu stürmen, Träume und Visionen wahr werden zu lassen und – das würde ein Theologe sagen – schließlich sich selbst zu vergotten. Religion ist die menschliche Selbstverteidigung gegenüber der humanen Selbstüberschätzung und Ego-manie, dem Drang, sich selbst zu perfektionieren, sich selbst zu Göttern zu machen, Menschliches zu vergotten. Religion ist auch die Idee, diese Welt und ihre Verantwortlichkeiten in einem transzendenten Licht zu sehen. *Johanna Haberer*

Auszüge aus einem Vortrag, den Johanna Haberer, Professorin für Christliche Publizistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, beim Hintergrundgespräch der Evangelischen Akademie der Pfalz in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Akademien im Rheinland und Hessen und Nassau sowie dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen am Sitz der Landesregierung in Mainz zum Thema „Verantwortung in der medialen Welt“ am 16. April 2013 in Mainz gehalten hat. Der gesamte Vortrag ist veröffentlicht in: N.J. Eumann u.a. (Hg.), Medien, Netz und Öffentlichkeit, Klartext Verlag, Essen 2013, Seite 431–441.



Johannes Gutenberg: Beginn der Selbsterweiterung durch Medien. (Foto: epd)

EDITORIAL

Seit der Erfindung des Internets hat sich das Kommunikationsverhalten der Menschheit tief greifend verändert. Viele Bereiche, die früher eine körperliche Interaktion erforderten, sind jetzt im Netz möglich. Visueller Austausch, Vertragsabschlüsse, Freizeitgestaltung, Konsum – selbst Sex. Virtuell geht immer mehr.

Ist ein Chat etwas kategorial anderes als ein Telefonat oder ein persönliches Gespräch? Was unterscheidet die Mail von der Postkarte? Bergen soziale Netzwerke neue Chancen für Partizipation und demokratische Veränderungsprozesse – so wie es im „arabischen Frühling“ zunächst schien? Sind die Veränderungen wünschenswert oder schaden sie?

Internet und Social Media sollten weder als Heilsbringer überhöht noch als apokalyptische Reiter dämonisiert werden. Für viele sind sie schlicht Normalität. Kaum jemand unter 40 kann sich ein Leben ohne Netz vorstellen. Auch die Akademie ist digitaler geworden. Homepage mit Programmen und Tagungsdokumentationen, Newsletter, Mailverkehr sind längst Standard. Junge Studienleiter und Mitarbeiterinnen sorgen dafür, dass die Entwicklung weitergeht. Facebook-Seite und Facebook-Gruppe der Jungen Akademie sind online. Alles ganz normal.

Die Veränderungen bringen allerdings auch neuen sozialen Regelungsbedarf mit sich. Kinder und Erwachsene müssen einen verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit den „Neuen Medien“ lernen. Unseriöse Geschäftsmodelle brauchen klare rechtliche Grenzen. Vor allem im Blick auf Privatsphäre, Persön-



Akademiedirektor Christoph Picker.

lichkeitsschutz, Informationsfreiheit und Meinungsäußerung stehen wir vor beträchtlichen Herausforderungen. Wie verführerisch die neuen Möglichkeiten sind – und wie hemmungslos dabei grundlegende menschenrechtliche Standards über Bord geworfen werden – ist in den letzten Wochen überdeutlich geworden. Wenn intransparente Geheimdienste auf den gläsernen Menschen treffen, steht Grundsätzliches auf dem Spiel.

Wir haben noch vor Edward Snowden über die ethischen Herausforderungen der Digitalisierung diskutiert: in einem Hintergrundgespräch mit Landespolitikern und auf einer Tagung über Medien, Politik und Religion. In dieser Ausgabe der „Protexpte“ dokumentieren wir jeweils einen der Beiträge.

Ihr Akademiedirektor

HAUSMITTEILUNG

Wir beginnen, etwas anders auszusehen: Jahrelang hat das Sommeratelier in Heuchelheim und in Vollmersweiler mit Hajo Sommer und Ute Ziegler die Gestaltung unserer Medien übernommen – und das Gesicht der Akademie mitgeprägt. Ende letzten Jahres hat unser geschätzter Partner die Pforten geschlossen. Künftig werden wir mit der Landauer Agentur Klugegestaltung zusammenarbeiten. Wir hoffen, die behutsamen Veränderungen überzeugen auch Sie.

Noch ein Abschied: Endgültig den Betrieb eingestellt hat das landeskirchliche Tagungshaus „Haus Mühlberg“ in Enkenbach. Ursprünglich lagen hier die Wurzeln der Evangelischen Akademie der Pfalz. Das soll nicht vergessen sein.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexpte.

VERANTWORTUNG DER MEDIEN

Den Medien wird in modernen, pluralistischen Gesellschaften eine Kontrollfunktion zugesprochen, gelegentlich werden sie auch als „vierte Gewalt“ bezeichnet. Doch wie verantwortungsvoll nehmen sie diese Funktion tatsächlich wahr? Ein kürzlich erschienener Sammelband der Evangelischen Akademie, der von Jan Hendrik Quandt, Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Pfalz, mitherausgegeben wird, geht dieser Frage nach. In der folgenden Kolumne führt Quandt in das Thema ein.

Die Bundestagswahl ist – zumindest für die Leserinnen und Leser führender deutscher Medien wie „Spiegel Online“, „Zeit“ oder „Süddeutsche Zeitung“ – schon längst entschieden. Nachgerade ironisch erscheinen mögliche Wahlkampfanstrengungen, wo doch in der journalistischen Analyse bereits jegliche Koalitionsoptionen durchgespielt und bewertet worden sind. Die sogenannten „Leitmedien“ haben bis hin zu den Personalien der

nächsten Bundesregierung schon die Analyse abgeschlossen, offen bleibt vielleicht noch die Staatssekretärsbene, alles andere ist prognostiziert und beschrieben. Alles klar also?

Nichts ist klar. Der ungebrochene Glaube der „Meinungsmedien“ an ihre eigene Kompetenz lässt den externen Beobachter staunend zurück: Drei Bundestagswahlen in Folge, nämlich 2002, 2005 und 2009, die deutlich andere Ergebnisse produzierten als von den Demoskopern prognostiziert und durch die Medien herbeigeschrieben, sollten Selbstzweifel auf medialer Seite hervorrufen. Einen deutlicheren empirischen Beleg für die Fehlbarkeit medialer Beobachtung kann man sich schwerlich vorstellen. Das Gegenteil ist der Fall: Nicht nur ist in der medialen Diskussion die Bundestagswahl 2013 längst entschieden, auch die Gründe dafür werden nachgeliefert, etwa in der kommentierten Beobachtung der Spitzenkandidaten, welche dann wiederum als Beleg für den erwarteten Wahlausgang dienen. Kritische Selbstreflexion der sogenannten „vierten Gewalt“? Fehlanzeige.

Vielleicht sind hier externe Hilfestellungen angebracht. So widmet sich der kürzlich von der Evangelischen Akademie publizierte Band „Unternehmensverantwortung und Medien“ ausführlich einer Reflexion der deutschen Medienlandschaft und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Dabei spannt das namensgebende Begriffspaar thematisch den Bogen von der Verantwortung der Medien, über Unternehmen aus kritischer Warte zu berichten, zu der eigenen gesellschaftlichen Verantwortung von Medien als Unternehmen. Beide Verantwortungskonstruktionen sind in der medial geprägten Welt

des 21. Jahrhunderts hochaktuell. Sie lassen sich folgendermaßen umreißen:

Unternehmen stehen in der Verantwortung, der Gesellschaft gegenüber eine offene Kommunikation zu führen. Hierbei sind die Medien ein Mittler, um zwischen den Unternehmen und der Gesellschaft zu „übersetzen“. Spezialisierte Beratungen beschäftigen sich mit Unternehmenskommunikation und Reporting. Medien stehen in der

Verantwortung, in ihrer zugeschriebenen Funktion als „vierte Gewalt“ oder „Watchdogs“ kritisch und aufklärend über Unternehmen zu berichten. Die gesellschaftliche Kompetenzzuschreibung an die Medien als Gewalt neben Legislative, Exekutive und Jurisdiktion bedingt gleichzeitig den Anspruch auf die verantwortliche Übernahme dieser Rolle.

Medien stehen nicht zuletzt aber auch in der Verantwortung, als Unternehmen den gesellschaftlichen Ansprüchen an verantwortungsvolle Wirtschaftsakteure gerecht zu werden. Offensichtlich führen die angeführten Verantwortungskonstruktionen zu Widersprüchen und Spannungen untereinander. Dies soll Anlass zur Debatte über das Verhältnis von Unternehmensverantwortung und Medien geben.

Einen kleinen Beitrag zu dieser anstehenden Debatte will der vorliegende Band leisten. Die damit verbundene Hoffnung ist eine verstärkte Selbstreflexion der Medien und die verantwortungsbewusste Annahme ihrer Rolle als kritische Beobachter von Unternehmen, Politik und Gesellschaft. Vielleicht ist die beschriebene Berichterstattung ja doch nicht alternativlos? *Jan Hendrik Quandt*

➤ Vorbohle, Kristin/Schank, Christoph/Quandt, Jan Hendrik (Hrsg.): Unternehmensverantwortung und Medien. München, Mering, Rainer Hampp Verlag, 2013. Begleitband zur Consulting Akademie Unternehmensethik, einer von der Evangelischen Akademie der Pfalz veranstalteten, jährlichen Summer School zur Wirtschaftsethik für Studierende aller Fachrichtungen. Nähere Informationen im Internet unter: www.ca-unternehmensethik.de

**Debatte über
Verhältnis von
Unternehmens-
verantwortung
und Medien
ist nötig.**

Das Bild, das die kritische Auseinandersetzung mit der vernetzten Gesellschaft bestimmt, ist gekennzeichnet von einem scheinbar unentrinnbaren, unbezwingbaren, nicht aufzuhaltenden technologischen Fortschritt. Diesem sind wir ausgeliefert, und wir haben uns ihm zu unterwerfen. Unter ihm können wir allenfalls durch kritische Reflexion ein wenig Menschlichkeit bewahren, indem wir vor den Gefahren warnen und die besonders schädlichen Nebenwirkungen durch Vorsicht, Zurückhaltung oder Therapie zu bekämpfen versuchen.

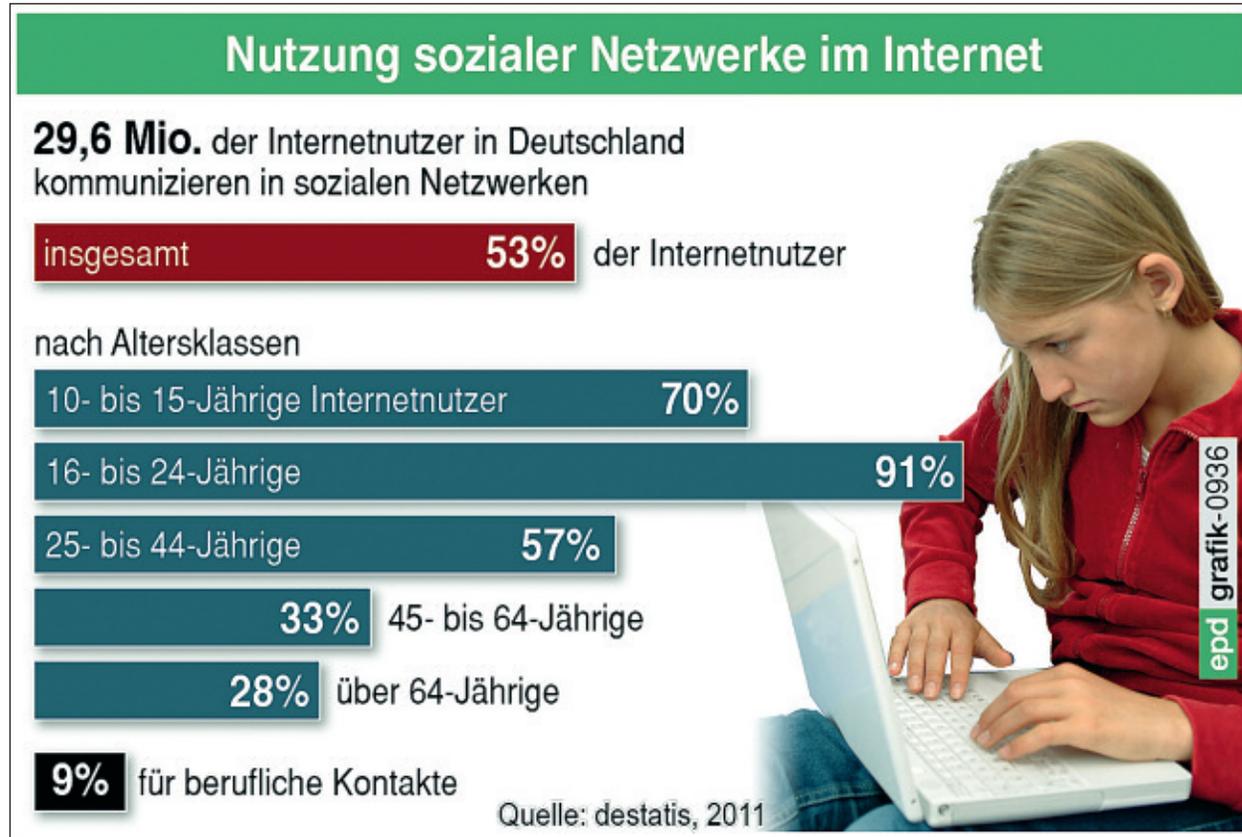
Aber nicht auf der Basis einer naturgesetzlich entstandenen technischen Vernetzung sind eine vernetzte Kultur und eine vernetzte Vernunft als Methode des vernetzten Denkens und Handelns entstanden. Umgekehrt führte das Streben der Menschen nach Möglichkeiten der Vernetzung in Informationsbeschaffung und Handlungskoordination zur Entwicklung sozialer und schließlich technischer Netze. Die Netze sind deshalb so, wie die vernetzte Vernunft sie sich einrichtet.

Die vernetzte Vernunft, die schon lange vor den Kommunikations-, Verkehrs- und Rechnernetzen gewachsen war, forderte und schuf sich ihre technischen Netze in der Ausprägung, wie sie uns heute begegnen. Die Struktur und die Funktionsweise dieser vernetzten Vernunft gilt es zu verstehen, wenn aktuelle Entwicklungen kritisch in den Blick genommen werden sollen.

Dass diese gesellschaftlichen Strukturen, die man als Netz bezeichnen kann, besonders gut geeignet sind, Freunde und Feinde zu konstruieren und Grenzen zwischen ihnen zu ziehen, liegt auf der Hand. Im Netz erfolgt eine Reduktion: Die Vielfalt der Welt wird auf die Verknüpfung in Netzstrukturen und die Vielfalt des Wissens und der Wahrheit wird auf die Klarheit von Informationen reduziert. Der andere reduziert sich vom Menschen auf eine Rolle mit wenigen Merkmalen, die ich klar als die des Freundes oder des Feindes identifizieren kann. Klarheit, saubere Trennung und Identifikation sind die Grundlagen unserer Netzgesellschaft und gleichzeitig die Grundlagen jeder Freund-Feind-Konstruktion.

Basis der Feindkonstruktion im Netzwerk ist erstaunlicherweise die Identifikation durch Zustimmung. Da die Beziehungen im Netzwerk durch die Reduktion des anderen auf die Rolle des Mitglieds und durch die Reduktion des Miteinanders auf den Austausch von Informationen recht spartanisch sind und es kaum

Bei kritikloser Zustimmung fühlen sich kritische Geister unwohl und bleiben fern.



VERNETZTE VERNUNFT

Feindkonstruktion und Grenzziehung in der Netzwelt

Das, was wir heute als „das Netz“ bezeichnen, steht in Kontinuität zur Vernetzung als einer sozialen Entwicklung, die vor Jahrzehnten, wenn nicht vor Jahrhunderten, begonnen hat. Jörg Friedrich, assoziiertes Mitglied am Zentrum für Wissenschaftstheorie in Münster/Westfalen und Geschäftsführer der Indal GmbH, skizzierte bei der Tagung „The making of enemies“ der Evangelischen Akademie der Pfalz in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Baden und der schwedischen Sigtunastiftelsen am 22. und 23. Februar 2013 in Landau vor dem Hintergrund der Vernetzung als sozialem Phänomen aktuelle Feindkonstruktionen und Grenzziehungen in den sozialen Medien. Wir dokumentieren Ausschnitte seines Vortrags.

ermöglichen, leibliche Freundschaften zu schließen, brauchen die Netzwerkfreunde ein einfaches und klares Signal, um ihre Zuneigung zueinander kommunizieren zu können.

Dieses Signal ist der Applaus.

So ist es nicht verwunderlich, dass auch die sozialen Netzwerke vor allem über Funktionen zur Zustimmung verfügen. „Gefällt mir“, „favorisieren“ und „teilen“ bringen Zustimmung zum Ausdruck.

Kritiklose Zustimmung und das Verschweigen von Differenzen schaffen eine Atmosphäre, in der kritische Geister sich zumeist unwohl fühlen; sie bleiben fern, was den Eindruck der Geschlossenheit der Freundesgruppe noch weiter erhöht. Da der Einzelne seine Identität aus der Zustimmung der anderen stärkt, teilt er mit ihnen die Informationen, bei der er erwarten kann, dass die Freunde ihm zustimmen. Man spricht von einer Fil-

terblase und meint damit, dass der Einzelne sich seine passenden Informationsquellen sucht und jede weitere, die möglicherweise eine andere Perspektive hat, ignoriert.

Zustimmung schafft Solidarität und Identifizierung mit einer Gemeinschaft. Durch den Beifall, der für jeden Außenstehenden deutlich wahrnehmbar ist, zeigt eine Gruppe ihre Geschlossenheit. Zustimmung ist somit eine Technik der Abgrenzung. Wer meint, die Beifallsrituale nicht mitmachen zu können, bleibt fern. Verirrt sich ein Außenstehender in eine solche Gemeinschaft, erscheint sie ihm als homogene Gruppe, die in allem, was geäußert wird, übereinstimmt. Differenzierungen gehen im Applaus der Masse unter. So entmischen sich soziale Gruppen, die am Schluss als solitäre Blöcke einander gegenüberstehen; im Innern einig und nach außen durch unüberwindbare Gegensätze voneinander abgegrenzt.

Die sozialen Netze mit ihren Fan- und Favoritenfunktionen treiben diese Homogenisierung bei gleichzeitiger Abgrenzung von „den

anderen“ zur Perfektion. Gleichzeitig bleiben die auf diese Weise konstruierten „radikal anderen“ im Netz sichtbar. Man kann sich ungesehen in ihren Netzen umschauen und kann sich – die dortigen Beifallsstürme für fremde Weltbilder zur Kenntnis nehmend – seines eigenen Andersseins versichern.

Es ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch zum allgegenwärtigen Zustimmungsnetz, dass sich gerade in den Online-Netzen immer wieder heftige Auseinandersetzungen und sogenannte Shitstorms ereignen. Der Shitstorm trifft die Mitglieder der bisher homogen erscheinenden Gemeinschaft, wenn sie nicht verbergen, dass ihre persönliche Identität eben nicht immer und überall mit der Gemeinschaft identisch ist. Er ist ein Werkzeug der Homogenisierung, indem er Individualität entweder diszipliniert oder aussondert. Auch im Shitstorm zeigt sich zudem mehr Beifall als Widerspruch, besteht er doch zum großen Teil aus dem Favorisieren und Weiterverbreiten von Ablehnungsaussagen.

Die „Doppelte Solidarität“ wurde in den Jahren seit 1989 immer wieder infrage gestellt. Insbesondere von Palästinensern und Palästinafreunden wurde eingewandt, dieser Begriff setze voraus, dass es zwei homogene Gruppen gebe, die einander gegenüberstünden, und dass zudem zwischen diesen beiden Gruppen eine Symmetrie herrsche, sodass es möglich sei, ihnen jeweils ein gleiches Maß an Solidarität zukommen zu lassen. Nun seien aber weder die Palästinenser noch die Israelis jeweils eine homogene Gruppe, sondern vielmehr sehr heterogene Ansammlungen der verschiedensten Untergruppen mit jeweils höchst unterschiedlicher politischer oder religiöser Agenda. Zudem verumögliche auch die Asymmetrie der Machtverhältnisse den ebenso gut gemeinten wie prinzipiell symmetrischen Ansatz der „Doppelten Solidarität“.

Von palästinensischer Seite wurde daher der Begriff der „Querschnittsolidarität“ als Alternative vorgeschlagen: Die Solidarität der Partner in Europa und anderswo solle denjenigen in beiden Gesellschaften gelten, die sich für Menschenrechte und eine Beendigung der israelischen Besetzung des Westjordanlandes einsetzen. So überzeugend dieser Ansatz klingt, so deutlich ist zugleich eine ihm zugrundeliegende Vorentscheidung in der politischen Analyse: Diese Vorentscheidung lautet, dass die Schuld an der verfahrenen Situation im Nahen Osten ganz überwiegend auf einer Seite geortet wird, nämlich auf der israelischen.

Die deutsche Sektion von „Pax Christi“ ist dieser Argumentation in den Folgejahren – und ganz besonders nach der „Zweiten Intifada“ – gefolgt. Mit ihrer Beteiligung an der Aktion „Ein Schiff für Gaza“ kam es zu einer Zuspitzung, in deren Folge auf der Delegiertenversammlung im Oktober 2010 die Erklärung „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“ verabschiedet wurde.

Die in der Erklärung gestellte Forderung einer „entschiedeneren Sprache“ und einer klareren „Parteinahme“ wird freilich auch in anderen Teilen des politischen und kirchlichen Spektrums erhoben. Insbesondere aus den Kreisen derer, die in den vergangenen Jahrzehnten aktiv eine „Theologie nach Auschwitz“ entwickelt haben, melden sich vermehrt Stimmen zu Wort, die auf eine gewachsene Bedrohungs-lage Is-

raels und einen zunehmend hoffähigen kirchlichen Antisemitismus hinweisen, der sich in Form einer scheinbar gepflegten Israelkritik bis hin zur Delegitimierung des Staates Israel ausdrücke. Diese Kritik richtet sich vor allem auch an die Traditionskirchen der weltweiten Ökumene sowie ihre Werke und Einrichtungen. Eine klare Parteinahme wird hier nicht nur gefordert, sondern von solchen Kritikern auch selbst vollzogen. So stellten etwa die evangelischen Theologen Wolfgang und Ekkehard W. Stegemann unlängst fest: „Die aus Feindschaft gegen den Staat Israel rührende politische Mobilisierung gegen den jüdischen Staat hat mittlerweile in vielen Kirchen weltweit Formen eines erbitterten Kampfes angenommen. Eine christliche Gruppe, wie etwa die, die sich ironischerweise ‚Pax Christi‘ nennt, beteiligte sich sogar an einer Aktion, die von einer gewaltbereiten Organisation in dschihadistischer Absicht durchgeführt wurde.“

Zugegeben: Eine Position der „Doppelten Solidarität“ hat es heutzutage zunehmend schwer. Zwar ist die Nahostdebatte seit jeher polarisiert. Doch wohl selten konnte man sich so wenig des Eindrucks erwehren, dass sich offenbar alle Seiten so vollständig in den für sie jeweils schlüssigen

Denk- und Argumentationsweisen eingerichtet haben, dass eine auch nur annähernd gleichberechtigte Achtung der jeweils anderen Position nahezu in den Bereich des Unmöglichen gerückt ist. Setzt man einmal voraus, dass eine „Doppelte Solidarität“ stets auch auf der Überlegung basiert, dass

der andere auch Recht und auch Unrecht haben könnte, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass wir es mit einem äußerst altmodischen Modell zu tun haben, welches nicht mehr allzu viele Anhänger hat.

Gerade weil die unterschiedlichen Positionen im Nahostkonflikt in sich jeweils äußerst schlüssig und plausibel sind, möchte ich empfehlen, sich in die jeweilige „Landkarte der anderen“ hineinzuversetzen. In der Tat gibt es zwei klassische Landkarten, die von den Israelis- und den Palästinafreunden jeweils präsentiert werden. Beide Landkarten sind in den Farben Grün und Weiß gezeichnet, beide sind im Großen und Ganzen richtig – und doch sehen beide höchst unterschiedlich aus. Je nachdem, von welchem Hintergrund Sie heute herkommen, wird Ihnen in der Regel eine dieser Landkarten vertraut sein.



Einsseitige Solidarität mit Palästina: Teilnehmer einer Ostermarsch-Demonstration am Potsdamer Platz in Berlin im April 2012.

(Foto: epd)

WAS BEDEUTET „DOPPELTE SOLIDARITÄT“?

Israelis und Palästinenser haben Anspruch auf Kritik von ihren jeweiligen Freunden

Im Kreis linker Friedensgruppen entstand im Blick auf Israel und Palästina in den 1980er Jahren die Vorstellung einer „Doppelten Solidarität“. Zum Programm erhoben wurde dieser Begriff 1989 durch einen Beschluss der Delegiertenversammlung der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“: „Wir haben Freundinnen und Freunde unter Palästinensern und Juden hier, in Israel und Palästina, mit denen wir soli-

darisch sein wollen.“ Und: „Wir treten ein für das Recht der Juden auf eine sichere Heimat in Israel.“ Uwe Gräbe, der frühere evangelische Propst von Jerusalem, erläuterte in seinem Referat zur Tagung „Über Israel reden“ am 22. Juni 2013 einen mit dem Begriff „Doppelte Solidarität“ verbundenen inhaltlichen Anspruch. Wir dokumentieren eine redaktionell gekürzte Fassung seines Referats.

Die erste Landkarte – nennen wir sie vereinfacht die „palästinensische Landkarte“ – stellt in ihrem ersten Teil das historische Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer im späten 19. Jahrhundert dar. Eine große grüne Fläche mit vereinzelten weißen Einsprengseln. Grün ist „palästinensisches Land“, die weißen Einsprengsel sind die jüdischen Ansiedlungen jener Zeit, bevor die großen Einwanderungswellen kamen. Auf dem nächsten Bild ist der UN-Teilungsplan von 1947 zu sehen. Die Karte ist jetzt etwa zur Hälfte grün und weiß. Es folgt der Ausgang des israelischen Unabhängigkeitskriegs beziehungsweise der palästinensischen Nakba von

1948/49: Nun sind etwa drei Viertel des Territoriums weiß, also israelisch. Mit dem Sechstagekrieg von 1967 wird alles weiß – und heute finden sich darin nun einige grüne Einsprengsel, kaum zahlreicher als die weißen Einsprengsel auf dem ersten Bild der Sequenz: Die autonomen palästinensischen Gebiete nach dem Oslo-Prozess. Die Botschaft ist klar: Durch zunehmende jüdische Landaneignung wird den Palästinensern buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Die zweite Karte – nennen wir sie ebenso vereinfacht die „israelische Landkarte“ – zeigt nun die mehrheitlich muslimischen Länder der Erde.

Eine gewaltige Landmasse ist das in der grünen Farbe des Propheten, und man muss schon sehr genau hinschauen, um ungefähr in der Mitte einen winzigen grünen Fleck zu erkennen: den Staat Israel oder, kaum größer, das Land Israel, also das historische Palästina. Von diesem winzigen weißen Fleck gibt es auf dieser Karte eine Ausschnittsvergrößerung, bei deren Betrachtung man feststellt, dass selbst dieses mikroskopisch kleine Stückchen Erde offenbar keine Ruhe hat. Überall an seinen Rändern wird genagt, färben sich Teile des weißen Fleckchens grün ein: Mit der Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten 1985, dem Rückzug

der israelischen Armee aus dem Gazastreifen 2005 – und mit der Errichtung einer palästinensischen Autonomie ab 1995 sind grüne Fleckchen nun sogar mitten im Herzen des historischen Landes entstanden.

Auch dies: Ein bedrohliches Szenario, stets verbunden mit der Frage: Wie viel Frieden hat uns der Verzicht auf Land gebracht? Die von dieser Karte generierte Antwort lautet: Wohl gar keinen; denn bei den grünen Flecken, die in den vergangenen Jahren zwischen Mittelmeer und Jordan entstanden sind, handelt es sich um nichts anderes als um Dependancen der grünen Länder um Israel herum, von denen ei-

nes gar dabei ist, eine Atombombe zu entwickeln. Die „anderen“ werden erst dann Ruhe geben, wenn auch der letzte Rest weißen Landes grün eingefärbt ist.

Aus diesem Horizont erklärt sich manches im Handeln der Parteien im Nahen Osten. Und da keine der beiden Landkarten wirklich falsch ist, kann es nur hilfreich sein, bei jeder Positionsnahme zur Nahostthematik auch die Landkarte der jeweils anderen mitzudenken. Dies mag hilfreich sein in einer Situation, in der zwei in sich absolut schlüssige Narrative einander gegenüberstehen und zwei Mechanismen nahezu pausenlos damit beschäftigt sind, den jeweils eigenen Narrativ zu bestätigen und zu verfeinern.

Niemand sollte vor der Asymmetrie der Machtverhältnisse im Nahen Osten die Augen verschließen. Deswegen kann es im politischen Bereich nur darum gehen, diese Machtverhältnisse aneinander anzugleichen, indem endlich auch für die Palästinenser ein lebensfähiger Staat an der Seite Israels entsteht. Der Einfluss von Besuchern einer evangelischen Akademieveranstaltung in Deutschland auf derartige Entwicklungen ist gewiss nicht gerade gewaltig. Dennoch: Um ein wenig dazu beizutragen, dass der viel zu lange andauernde politische Stillstand überwunden wird, wäre es hilfreich, dass gerade die Israelfreunde kritischer mit Israel sind – und die Palästinafreunde kritischer mit Palästina.

Vielleicht sind Selbstkritik und die Kritik gerade an der Seite, die mir im Nahen Osten jeweils am meisten am Herzen liegt, heute ein überaus pragmatischer Ausdruck einer notwendigen „Doppelten Solidarität“. Von den Israelfreunden wünsche ich mir deshalb, dass sie ihre israelischen Partner immer wieder auf die für sie selbst so verheerenden Folgen der Siedlungspolitik hinweisen. Wenn diese Politik nämlich eines Tages eine Zweistaatenlösung unmöglich gemacht haben sollte und gar nichts anderes mehr übrig bliebe als der eine Staat, wäre dies gewiss kein jüdischer Staat mehr – und der Präsident würde schon nach heutigen Mehrheitsverhältnissen zwischen Mittelmeer und Jordan nicht mehr Shimon Peres heißen, sondern wahrscheinlich Marwan Baghouti. Verhindern ließe sich das nur dadurch, dass Israel seinen demokratischen Charakter aufgibt. Gerade Israelfreunde sollten da ihre israelischen Partner immer wieder beharrlich fragen: Wollt ihr das wirklich?

Von den Palästinafreunden wünsche ich mir, dass sie die Selbstverständlichkeit einer Nichtnormalisierungspolitik auf palästinensischer Seite immer wieder infrage stellen. Natürlich verstehe ich meine palästinensischen Freunde, die mir sagen: Die Situation ist bei uns durch die israelische Besetzungspolitik so unnormal, dass wir in der Begegnung mit Israel einfach nicht mehr so tun können, als wäre alles normal. Aber Verständnis heißt ja nicht, dass ich alle Konsequenzen aus diesem Empfinden unterstützen muss. Die deutschsprachige evangelische Gemeinde in Jerusalem musste schon Konzertabsagen von palästinensischen Musikern aus Ramallah entgegennehmen, für die sie mit viel Mühe bereits die israelischen Passierscheine besorgt hatte. „Bei euch konzertieren ja hin und wieder auch israelische Künstler“, hieß es dann. „Wenn wir da nun auftreten würden, dann wäre das eine Normalisierung der Verhältnisse, die wir nicht wollen.“

Mit dem gleichen Argument wurde eine Filmproduktion über den Alltag von Menschen in Jerusalem torpediert, in der viele Palästinenserinnen und Palästinenser eine Gelegenheit gehabt hätten, ihre Erfahrungen der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Aber es hätten eben auch ebenso viele Israelis darin zu Wort kommen sollen. Und unlängst beklagte sich die grüne Vizebürgermeisterin von Jerusalem bei mir, die mit einem gemischten israelisch-palästinensischen Team ein dringend notwendiges Abwasserprojekt für die gesamte Region entwickelt hat, sie könne dieses Projekt nicht imple-

mentieren, da die Palästinenserbehörde nicht mit einer jüdisch dominierten Stadtverwaltung zusammenarbeite. Also fließen die Abwässer weiter ungeklärt in die Landschaft. Es sind gar nicht so sehr die „einfachen Menschen“, die eine solche Nichtnormalisierung betreiben, sondern einflussreiche Interessengruppen, die einen hohen Druck ausüben.

Es gab in den 1960er Jahren den Begriff der „Jubelperse“. Was wir heute brauchen, sind keine „Jubelisraelis“ und keine „Jubelpalästinenser“ – also keine bedingungslosen Apologeten. Was wir brauchen, sind Menschen, die den Partnern auf ihrer jeweiligen Seite auch mal ein kritisches Wort sagen können. Meines Erachtens wäre dies ein höchst konstruktiver Ausdruck der „Doppelten Solidarität“.

Israelis und Palästinenser präsentieren zwei unterschiedliche Landkarten des Nahost-Konflikts.

Auch für die Palästinenser muss ein lebensfähiger Staat an der Seite Israels entstehen.

AUFRICHTIGE DEBATTE FÜHREN

Israel und Palästina haben sich im Konflikt eingerichtet

Die meisten Israelis haben mittlerweile andere Sorgen als den Dauerkonflikt mit den Palästinensern. Ihre Gesellschaft verändert sich, und die sozialen Probleme werden größer. Die Journalistin Karin Storch schilderte bei der Tagung „Über Israel reden“ ihre eigene Wahrnehmung des Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern und konfrontierte die in Deutschland geführte Debatte mit den dortigen Realitäten.

2012 kam zum ersten Mal seit langer Zeit kein Israeli durch einen Terroranschlag im Land zu Tode. Bedroht fühlt man sich durch die Nachbarstaaten, nicht mehr durch die Palästinenser: der Krieg in Syrien, der hochgerüstete militärische Arm der Hisbollah im Libanon, die Moslembrüder und die soziale Lage in Ägypten, die gefährdete Stabilität der Monarchie in Jordanien. Aber Palästina und die Palästinenser, der sogenannte Friedensprozess, die Initiative des amerikanischen Außenministers John Kerry – immer wieder stieß ich auf beiden Seiten auf müdes Abwinken. Und das ist neu.

Wir Deutschen sind unaufrichtig: Wir halten den Palästinensern ihren eigenen Staat vor wie eine Karotte. Und wenn Palästinenserpräsident Abbas vor den Vereinten Nationen den versprochenen Staat einfordert, dann kneifen wir. Deutschland enthält sich bei der Abstimmung. Die sogenannte Road Map, den detaillierten Fahrplan zur Zwei-Staaten-Lösung, haben wir bei Nacht und Nebel beerdigt.

Wir Deutschen verstecken uns hinter den Europäern, hinter dem EU-Beauftragten für Nahost und hinter den Amerikanern: Was für ein Glück, dass John Kerry uralte Papiere neu auflegen lässt und in sogenannten Arabischen Friedensinitiativen blättert, die bereits 2002 keinen Anklang fanden. Und die Palästinenser lehnen sie sowieso ab, weil sie auf einem Rückkehrrecht für alle Vertriebenen und Geflohenen beharren.

Wir Deutschen heucheln: Was bedeutet die von der Bundeskanzlerin versprochene unverbrüchliche Solidarität mit Israel? Bundeswehrsoldaten auf dem Golan? Unterstützung bei einem Angriff auf Iran? Bemannung von Patriot-Luftabwehrstellungen an der Grenze zum Libanon? Lieferung von Munition, wenn eine dritte Intifada ausbricht? Diese Fragen stellte – wenn auch vorsichtig – Bundespräsident Gauck.

Wir Deutschen schauen weg: Wir prangern Menschenrechtsverletzungen in China an, aber nicht in Gaza oder Hebron. In unseren Medien vernehmen wir kaum etwas von Folter durch den israelischen Geheimdienst oder durch Hamas. Wir berichten selten über sogenannte Ehrenmorde an Palästinenserinnen, über willkürliche Festnahmen durch Fatah im

Westjordanland (der Partei des vom Westen so geschätzten Abbas), über den Vollzug von Todesurteilen an sogenannten Kollaborateuren. Es stört uns nicht, dass in Israel illegale Einwanderer sofort abgeschoben oder jahrelang ohne Rechtsbeistand eingesperrt werden.

Wir regen uns über staatliche Auflagen und Schikanen für Nichtregierungsorganisationen in Kairo und Moskau auf, nicht aber in Jerusalem. Wir erwähnen die Sperranlage nicht mehr. Wir schweigen angesichts der Willkür, unter der Palästinenser zu leiden haben. Wir nehmen auch nicht zur Kenntnis, wenn Hamas im Gaza-Streifen ein Gesetz verabschiedet, das christliche Schulen zwar weiterhin zulässt, jede Erziehung darin aber, die auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel zielt, mit bis zu zehnjähriger Haft und hohen Geldstrafen ahndet.

Wir Deutschen sind feige: Wir ziehen uns auf eine vermeintlich pazifistische Haltung zurück und benennen die Dinge nicht beim Namen. Wir benehmen uns wie gütige Familienangehörige gegenüber einem Alkoholiker, wenn sie die Sucht vorgeblich übersehen.

Palästinenser, müssten wir sagen, vergesst euren Kleinstaat. Was soll die Kleinstaaterei in der heutigen

Welt? Denkt in größeren Zusammenhängen, macht das Beste aus dem Umbruch in der arabischen Welt, wo die Grenzen neu gezogen werden müssen. Habt eine arabische Vision oder bedenkt nur einfach eine Konföderation mit Jordanien. Ihr in Ramallah könnt euch mit den Herrschenden in Gaza nicht einigen, eure Initiativen wirken lächerlich. Ihr wollt ein demokratisches Gebilde werden, schafft es aber seit Jahren nicht, überfällige Wahlen durchzuführen. In Gaza sprecht ihr selber bereits von einem Kalifat, in dem mittlerweile fast so viele Palästinenser wie im Westjordanland wohnen.

Und ihr, liebe Israelis, löst eure eigenen gesellschaftlichen sozialen und wirtschaftlichen Konflikte, setzt

nicht nur aufs Militär, hört auf, immer den Verfolgten zu spielen. Ihr seid die Supermacht in Nahost. Eure Existenz ist nicht mehr gefährdet, die Palästinenser haben Israel als Staat anerkannt. Weder Ägypten noch Jordanien will euch ins Meer treiben, Syrien wird zerfallen, Hezbollah

habt ihr schon einmal mit großer militärischer Macht bezwungen. Gegenüber dem Iran seid ihr als Atommacht und mit den USA und Europa im Rücken eine Größe, die abschreckend ist.

Israel soll bei der Lösung seiner Konflikte nicht nur aufs Militär setzen.



Einseitige Solidarität mit Israel: Plakate bei einer Kundgebung in Berlin. (Foto: epd)

Wir Deutschen akzeptieren und beklagen die Schuld der Großmütter und Großväter, ziehen daraus aber kaum Lehren für die Zukunft. Wie kann es mit Schuld und Sühne zusammenpassen, dass Umfrage für Umfrage eine Mehrheit der Deutschen Israel mit negativen Begriffen und Werten belegt? Wenn Sie hingegen am Goethe-Institut in Tel Aviv mit den Teilnehmern an einem Deutschkurs sprechen oder mit den jungen israelischen Touristen, für die Berlin die absolute „In-Stadt“ ist, dann können Sie sich über die Offenheit gegenüber uns Deutschen nur wundern und freuen.

Wir Deutsche wollen den Nahost-Konflikt lösen, und zwar nach unseren Vorstellungen: Wenn es bloß die Siedlungen nicht gäbe und Hamas und andere radikale Islamisten dem Terror abschwören würden. Aber nichts ist schwarz oder weiß im Heiligen Land. Im Westjordanland arbeiten mehr Palästinenser in den Siedlungen und für israelische Firmen als für arabische Arbeitgeber in ihrem eigenen Autonomiegebiet. Palästinenser bauen die Siedlungen und ernten die Tomaten und Kräuter.

Die Autonomiebehörde im Westjordanland hat sich im Konflikt behaglich eingerichtet. Die Gehälter kommen pünktlich aus dem Ausland, die EU leistet sich die Außenstelle Palästina. Die EU trägt die Kosten der Besatzungsmacht und macht es Israel leicht, das Westjordanland besetzt zu halten. Europäer, Amerikaner und Japaner bauen Schulen, teeren Straßen, sorgen für die Kanalisation. 99 Prozent der Haushalte haben Strom, 99 Prozent der Kinder besuchen Schulen, es gibt sieben Universitäten. Die Banken in Ramallah verwalten Milliarden. Schauen Sie sich um in der arabischen Nachbarschaft, vergleichen Sie das mit dem Stand der Entwicklung in Syrien, Ägypten oder Jordanien.

Auch Israel hat sich im Konflikt eingerichtet. Die palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland trägt selber bei zur Sicherheit Israels, meldet der Besatzungsmacht die Extremisten, verhaftet Hamas-Anhänger. Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen wird durch Israels Luftwaffe meist sofort geahndet. Ausländische Regierungen und ausländische Nichtregierungsorganisationen sorgen dafür, dass Israel trotz der Besetzung kaum Kosten im Westjordanland für die Infrastruktur aufbringen muss. Sie, nicht Israel, halten ein Gemeinwesen mit Schul- und Gesundheitssystem, Energieversorgung und Straßen aufrecht.

Trotz allem sieht der deutsche Außenminister „Hoffnungsschimmer“ und „Fenster, die sich öffnen“. Wie all die Minister, die vor ihm da waren, die drängten, baten, anboten, drohten, vorlegten, vorschlugen – und aufgaben.

Karin Storch

AKADEMIE IST KLUG VERNETZT

Kerstin Witte-Petit über Kirche und Medien

Die Arbeit der Evangelischen Akademie der Pfalz ist breit vernetzt in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur. Die Mitglieder des Kuratoriums repräsentieren diese Bereiche und sind deshalb wichtige Impulsgeber für aktuelle Themen und Diskurse. Stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums ist die Journalistin Kerstin Witte-Petit, Redaktionsleiterin der Zeitung „Rheinpfalz am Sonntag“. Mit ihr sprach Martin Schuck über die Aktualität der Arbeit der Evangelischen Akademie sowie über die gesellschaftliche Verantwortung der Medien.

Frau Witte-Petit, was hat Sie persönlich motiviert, sich im Kuratorium der Evangelischen Akademie der Pfalz zu engagieren?

Wegen ihrer drei Schwerpunktthemen Bioethik, Integration und Wirtschaftsethik habe ich die Akademie immer sehr geschätzt. Die Möglichkeit, dort ohne zeitliche Hetze tiefer nachdenken zu können, zog mich an. Der frühere Akademiedirektor Volker Hörner hat mich gebeten, im Kuratorium mitzumachen. Das erstaunte mich zunächst, ich bin eher freundschaftliche Begleiterin als aktives Mitglied der Kirche. Dann dachte ich mir, vielleicht kann mein Blick von außen nützlich sein.

Sehen Sie Möglichkeiten, wie sich die Akademie effektiver in der Öffentlichkeit präsentieren könnte?

Die Akademie hat sich klug vernetzt, zum Beispiel über die Junge Akademie. Auch das ist eine Art, bekannt zu werden. Schade finde ich, dass die Referate nur von denen gehört werden, die an Veranstaltungen teilnehmen. Deshalb freue ich mich, wenn einzelne Beiträge auf der Internetseite oder in „Protex“ nachzulesen sind. Ich könnte mir vorstellen, mediale Aufmerksamkeitsfenster stärker zu nutzen: Dann, wenn eines ihrer Themen gerade aktuell wird, könnte die Akademie aktiv an die Öffentlichkeit gehen und



Kerstin Witte-Petit.

(Foto: pv)

auf die Diskussionsbeiträge verweisen, die sie dazu bieten kann – als eine Art Datenbank der Reflexion. Vielleicht könnte sie damit Leute erreichen, die bisher noch nicht auf die Akademie gestoßen sind.

Wie nehmen Sie als Redaktionsleiterin einer großen Zeitung die öffentliche Präsenz der evangelischen Kirche wahr?

Sie ist sehr präsent, als etablierte große Institution hat sie leichten Zugang zu den Medien. Allerdings wirkt sie manchmal langweiliger, als sie eigentlich ist. Das Schöne am Protestantismus ist doch, dass er, salopp gesagt, einen Haufen diskus-

sionsfreudiger Individualisten umfasst, auch im Glauben. Das sollte man nie verstecken. Ich wundere mich, wie empfindlich manche Gläubige als Zeitungsleser auf die leiseste Streitlust oder auf ein bisschen Humor reagieren.

Ist Akademiearbeit noch zeitgemäß angesichts der rasanten Entwicklungen in der Gesellschaft, vor allem im Bereich der Medien?

Vielleicht ist sie sogar wichtiger geworden. Kirche hat das gleiche Problem wie viele andere Organisationen auch: Die Öffentlichkeit ist zerfallen in viele Teilöffentlichkeiten, die kaum mehr etwas voneinan-

der wissen – und wissen wollen. Die Kirche tut gut daran, ihre Fenster zur Welt zu pflegen, also Bereiche, die auch Kirchenferne anziehen können. Die Akademien sind nicht die einzigen Fenster – für mich sind das beispielsweise auch die Diakonie, das Trifelsgymnasium, die Kindergärten –, aber sie bieten besondere Chancen der Wahrnehmung in der Welt der Bildungsbürger. Sie tragen im besten Fall auch dazu bei, dass die Kirchengemeinschaft selbst geistig beweglich bleibt. Ich bin froh über Akademien als Orte geschützten Nachdenkens, denn die fehlen der Gesellschaft und fehlen auch den Politikern, die immer sofort Lösungen in die Mikrofone sprechen müssen.

Wo sehen Sie die Verantwortung der Medien, vor allem auch der klassischen Tages- und Wochenzeitung?

Gegenüber der Kirche: keine. Wir sind nicht dazu da, Institutionen zu bedienen. Gegenüber unseren Lesern: Das gesellschaftliche Gespräch in Gang zu halten. Wichtiges auch wichtig nehmen, selbst wenn es für Leser schwere Kost ist. Hintergründe erhellen. In einer komplexen Welt Erklärungen bieten, ohne je so zu tun, als gäbe es einfache Antworten. Nicht jedem Hype hinterherrennen. Dem Trend zur Skandalisierung widerstehen, der auch eine neue Form von öffentlicher Menschenjägerei darstellt. Manchmal – man darf ja noch träumen – wünsche ich mir ein bisschen Verantwortung der Leser. Dass sie nämlich Qualität von ihren Zeitungen einfordern.

Gibt es einen Themenbereich, den Sie gerne stärker im Programm berücksichtigen würden?

Die Akademie hat schon drei anspruchsvolle und sehr aktuelle Themenfelder, das ist fast zu viel für eine kleine Akademie. Konzentration ist besser, als sich zu verzetteln.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

ZUKUNFT DER BERATUNG

Die Schuldnerberatung ist in den Blickpunkt der kirchlichen Öffentlichkeit geraten – nicht zuletzt durch die Ankündigung des Diakonischen Werks Pfalz, ihre Schuldnerberatungsstellen aus Kostengründen schließen zu müssen. Die Evangelische Akademie der Pfalz möchte auf einer gemeinsam mit dem Diakonischen Werk veranstalteten Tagung die Thematik grundlegend durchdenken und nach Lösungswegen suchen.

Drei Millionen Privathaushalte, so schätzen Experten, sind überschuldet. Dahinter verbirgt sich eines der großen Armutsrisiken. Wer überschuldet ist, muss einen unverhältnismäßig großen Teil seiner Einkünfte für Zinsen und Tilgung verwenden. Die Mittel für den Lebensunterhalt werden knapp. Unseriöse Kreditanbieter profitieren und verschärfen das Problem. Es droht der soziale Abstieg. Das Selbstwertgefühl geht in den Keller. Mit der psychischen Belastung steigen die Lähmung und das Krankheitsrisiko. In manchen Fällen ist auch Delinquenz die Folge. Und natürlich müssen Gläubiger ihre Forderungen ganz oder teilweise abschreiben.

Über die Zukunft der Schuldnerberatung, ihre Struktur, angemessene Strategien und die Finanzierung dieser diakonischen und sozialstaatlichen Aufgabe wird derzeit diskutiert und gerungen. Die Evangelische Akademie lädt gemeinsam mit dem Diakonischen Werk ein, die Thematik grundlegend zu durchdenken – im Gespräch mit Sozialarbeitern, Schuldnerberatern, Vertretern von Sozialverbänden, Lehrern, Pfarrern, Einzelhändlern und Bankkauffleuten, Politikern, Betroffenen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Wir nehmen Mechanismen in den Blick, die Menschen in die Schuldenfalle bringen. Wir diskutieren blinde Flecken der Sozialsysteme und Schattenseiten der Konsumge-

sellschaft. Wir fragen nach der Verantwortung von Betroffenen, von Händlern und von Kreditanbietern. Und wir diskutieren den sozialen Regelungsbedarf. Welche Präventionsmöglichkeiten gibt es? Welche Hilfen sind erforderlich, wenn jemand so tief in der Schuldenfalle sitzt, dass er sich selbst nicht mehr daraus befreien kann? Wie können soziale Hilfesysteme intelligent so organisiert werden, dass sie wirksam und stabil sind? Wie können sie eingebunden werden in die sozialräumlichen Strukturen vor Ort?

Als Referenten haben zugesagt: der Psychologe und Leiter des Sigmund-Freud-Instituts Rolf Haubl, der Soziologe Bernhard Hauptert, der Theologe Klaas Huizing, der Gestalter Jochen Rädiker, der Sozialwissenschaftler Hans Ebli, der rheinland-pfälzische Sozialminister Alexander Schweitzer und der Sprecher der Diakonie in Rheinland-Pfalz Albrecht Bähr. In Workshops kommen verschiedene Praxisfelder in den Blick. Der Theologieprofessor Christoph Schwöbel legt einen kabarettistischen Beitrag aufs Parkett.

Am Limit – Private Überschuldung als soziale Herausforderung
Termin: 15./16. November 2013

Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau
Kosten: 90 Euro (ermäßigt 45 Euro), geringer Selbstkostenbeitrag für Leistungsempfänger und Betroffene

AKADEMIEPROGRAMM

Stand August 2013

10. September 2013, 19 Uhr,
Forum in Ludwigshafen, Ernst-Bloch-Zentrum

Die Stadt als Ort der Hoffnung?

Referent: Prof. Dr. theol. Jürgen Moltmann, Tübingen.
Mit Michael Garthe (Chefredakteur „Die Rheinpfalz“), Michael Cordier (Geschäftsführer der Ludwigshafener Kongress- und Marketing-Gesellschaft mbH – Lukom) und Barbara Kohlstruck, Dekanin des protestantischen Kirchenbezirks Ludwigshafen.
In Zusammenarbeit mit dem Protestantischen Kirchenbezirk Ludwigshafen und dem Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen.

18. September 2013, 13 bis 17 Uhr, Fachtag in Koblenz,
Jugend- und Bürgerzentrum Kartause

Religiöser Fundamentalismus – Eine Herausforderung für die Jugendarbeit?

Für Fachkräfte in der Jugendarbeit. In Kooperation mit dem Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum und der Stadtverwaltung Koblenz sowie dem Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales Koblenz.

24. September 2013, 17 Uhr, Forum in Kaiserslautern, Berufsbildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer der Pfalz

Wo hört der Spaß auf? – Toleranz und ihre Grenzen

Referenten: Senay Duzcu, Kabarettistin, Brigitte Mannert, Präsidentin der Handwerkskammer der Pfalz, Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz und stellvertretende Vorsitzende der ZIRP, und Christian Schad, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz.
In Zusammenarbeit mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e.V. (ZIRP).

23. bis 25. September 2013, Workshop in Bad Bergzabern,
Jugendherberge

Das Finanzsystem

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Bad Boll, der Evangelischen Akademie Villigst und dem Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland.
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

27. und 28. September 2013, Herbstakademie in Ludwigshafen,
Heinrich-Böll-Gymnasium

Verantwortung – Kairos Herbstakademie

Welche Verantwortung tragen Unternehmen in einer globalisierten Welt – und wo hört diese auf? Was sagen Philosophie, Theologie und Ökonomie zu diesem Themenkomplex?
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

28. September 2013, Tagesveranstaltung in Heidelberg,
Kommunikationszentrum des DKFZ

Lebst du noch oder reflektierst du schon? – Eine kurze Geschichte des Sinns

In der Geschichte der Philosophie sind vielerlei Auffassungen über den Sinn des Lebens geäußert worden. Aber auch die verschiedenen Religionen geben unterschiedliche Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Lebens.
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

28. September bis 4. Oktober 2013, Mainz, Erbacher Hof

Islamische Seelsorge im Gespräch – Ein Dialog zwischen Muslimen, Juden und Christen

In Kooperation mit der sipcc (Gesellschaft für interkulturelle Seelsorge und Beratung e.V.), dem Mannheimer Institut für Integration und Interreligiösen Dialog e.V., dem Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz.

e-mail: info@capfalz.de > www.capfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich